



# INFOMAIL

Berliner Politik aus Sicht Ihres Wahlkreisabgeordneten in Karlsruhe-Land

Freitag, 13. März 2020

Band 14, Ausgabe 4

## Themen

- **CORONA**
- **Arbeit**
- **Kommunen**
- **Forschung**

**«Da sind unsere Solidarität, unsere Vernunft, unser Herz füreinander schon auf eine Probe gestellt, von der ich mir wünsche, dass wir diese Probe auch bestehen.»**

(Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) appelliert, alles für den Schutz gegen das neuartige Coronavirus zu tun.)

### In dieser Ausgabe:

- CORONA und Lebensmittelversorgung 2
- Verbesserungen beim Kurzarbeitergeld 2
- CORONA und Sportvereine 3
- Mehr Geld für die Sanierung kommunaler Einrichtungen 3
- Forschung an CORONA-Infektion 4

## Kein Platz für Hass und Hetze

Der Deutsche Bundestag hat diese Woche in erster Lesung über den von den Fraktionen der CDU/CSU und der SPD eingebrachten Gesetzesentwurf zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität debattiert.

Mit diesem Gesetz sollen Hass und Hetze im Netz zukünftig effektiver verfolgt und härter geahndet werden.

In der Anonymität des Netzes gehören Hass und Hetze, Beleidigungen und Bedrohungen leider zum Alltag. Sie sind Brandbeschleuniger und Wegbereiter für die schrecklichen Taten von Halle, Hanau oder auch der Ermordung von Walter Lübcke.

Diese zunehmende Verrohung in den sozialen Medien dürfen wir als Rechtsstaat nicht hinnehmen. Was in der analogen Welt verboten ist, darf auch in der digitalen Welt nicht erlaubt sein. Auch im Netz muss jeder seine Meinung frei äußern können, ohne deswegen beleidigt oder bedroht zu werden. Allen Versuchen, Menschen mundtot zu machen,

müssen wir als Gesellschaft entschieden entgegenzutreten.



Dafür brauchen wir einen wehrhaften und handlungsfähigen Rechtsstaat. Mit dem Gesetz zur Bekämpfung der Hasskriminalität schaffen wir den dafür notwendigen gesetzlichen Rahmen. Rechts-Extremismus, Drohungen, Hass und Hetze werden zukünftig härter und effektiver verfolgt.

Damit sich das Internet nicht zu einem rechtsfreien Raum entwickelt, ist eine konsequente und effektive Verfolgung strafbarer Inhalte essenziell und in einem Rechtsstaat unerlässlich. Deshalb sind auch die Betreiber sozialer Netzwerke in der Verantwortung, die ihnen gemeldeten strafbaren Inhalten

den Strafverfolgungsbehörden zuzuführen.

Auch der besondere Schutz von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern sowie von Personen, die sich ehrenamtlich engagieren hat für uns zentrale Bedeutung.

Mit dem Gesetz wird ausdrücklich klargestellt, dass der besondere Schutz vor übler Nachrede und Verleumdung von im politischen Leben des Volkes stehenden Personen auch für diese gilt. Selbst wenn dies eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte.

Zwar sind die vergangenen schrecklichen Ereignisse nicht wieder rückgängig zu machen, aber der Gesetzesentwurf ist ein richtiges und wichtiges Signal gegen aggressive und dominante Stimmen unserer Gesellschaft, die versuchen, unser politisches und gesellschaftliches Klima zu vergiften - dieser Entwicklung gilt es entschieden entgegenzutreten.



## CORONA und Lebensmittelversorgung

Im Rahmen der Ausbreitung des neuartigen Coronavirus kommt es verstärkt zu Hamsterkäufen in Supermärkten. Die Versorgung mit hochwertigen Lebensmitteln ist bei uns aber zu jeder Zeit gesichert. Auch wenn derzeit einzelne Regale in Lebensmittelgeschäften nicht sofort wieder aufgefüllt werden, besteht kein Anlass zur Sorge. In Deutschland werden gute, sichere und geprüfte Lebensmittel hergestellt – und zwar in hinreichender Zahl für unsere Bevölkerung.

Insbesondere bei Grundnahrungsmitteln ist der Selbstversorgungsgrad in Deutschland sehr hoch. Laut den Statistiken der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung lag der Selbstversorgungsgrad etwa von Hart- und Weichweizen zuletzt bei 117 Prozent, von

Kartoffeln bei 148 Prozent, von Frischmilcherzeugnissen bei 116 Prozent, von Käse bei 126 Prozent und von Schweinefleisch bei 119 Prozent.

Allenfalls bei manchen Obst- und Gemüsesorten, insbesondere bei exotischen Südfrüchten, die nicht in Deutschland angebaut werden können, sind wir auf Importe angewiesen. Gera-



de bei diesen Produkten ist bisher jedoch weder eine erhöhte Nachfrage noch ein Rückgang der Importe festgestellt worden. Es ist ohnehin sinnvoll, sich überwiegend von regionalen und saisonalen Lebensmit-

teln zu ernähren, nicht zuletzt aus Gründen der Nachhaltigkeit.

Wir profitieren von einem intensiven Welthandel – auch bei Lebensmitteln. Die aktuelle Situation in Zusammenhang mit dem Coronavirus zeigt aber, dass wir uns bei Grundnahrungsmitteln nicht von Importen abhängig machen dürfen. Wir brauchen eine leistungsfähige und unabhängige Landwirtschaft vor Ort. Das vergessen wir im Alltag schnell. Wir brauchen daher einen gesellschaftlichen Konsens, mit dem wir die Landwirtschaft in Deutschland stärken. In unserer Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik muss es auch in Zukunft in erster Linie darum gehen, die Versorgung mit sicheren und hochwertigen Lebensmitteln sicherzustellen.

## Verbesserungen beim Kurzarbeitergeld

Am heutigen Freitag haben wir das Gesetz zur befristeten krisenbedingten Verbesserung der Regelungen für das Kurzarbeitergeld beschlossen.

Unser Arbeitsmarkt ist zwar noch in sehr guter Verfassung. Zurzeit ist jedoch nicht absehbar, in welchem Umfang die Korrektur an den Finanzmärkten bzw. der Corona-Virus Unternehmen in Deutschland treffen wird und welche Auswirkungen das auf den Arbeitsmarkt haben wird. Es soll aber hierdurch möglichst



kein Unternehmen in Deutschland in Insolvenz geraten, möglichst kein Arbeitsplatz verloren gehen.

Sollte sich die Lage verschärfen, will die Koalition schnell und passgenau reagieren können. Das kann über Verbesserungen beim Kurzarbeitergeld erreicht werden. Deswegen werden zunächst Verordnungsermächtigungen eingeführt, mit denen die Bundesregierung die Voraussetzungen für den Bezug von Kurzarbeitergeld absenken und die Leistungen wie folgt erweitern kann:

Absenken des Quorums der im Betrieb Beschäftigten, die vom Arbeitsausfall betroffen sein müssen, auf bis zu 10 Prozent.

Teilweise oder vollständiger Verzicht auf den Aufbau negativer Arbeitszeitsalden.

Ermöglichung des Kurzarbeitergeldbezugs auch für Leiharbeiternehmer.

Vollständige Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge durch die Bundesagentur für Arbeit.

Bei der Bundesagentur für Arbeit liegen zurzeit rund 26 Milliarden Euro in der Rücklage – wir sind also vorbereitet.

## CORONA und Sportvereine

Am Mittwoch hat sich der Sportausschuss des Bundestages mit den Auswirkungen der Coronavirus-Epidemie auf Sportveranstaltungen befasst. In den letzten Tagen wurden in vielen Bundesländern Sportevents ab 1000 Teilnehmern abgesagt. Dabei sind die einzelnen Sportarten, Ligen, wie auch übergeordnet der Breiten- und Spitzensport, ganz unterschiedlich stark von den Einschränkungen betroffen.

Die Sportverbände, die professionellen Vereine und die Ligen handeln mittlerweile sehr verantwortungsvoll und tragen zur Eindämmung des Coronavirus bei. Dabei hat die Viruserkrankung ganz unterschiedliche Folgen für den Fußball und für alle andere Sportarten. Neben den Zuschauern, den Sportlern,

den Vereinen und den Veranstaltern sind auch viele sportbezogene Dienstleister betroffen. Die weitere Entwicklung und das Ausmaß der Folgen sind zurzeit nur schwer abzuschätzen. Daher sollten finanzielle Hilfen und entsprechende Reglements für insolvenzgefährdete Vereine und sportbezogene Unternehmen geprüft werden.

Aber auch der Breitensport und die semiprofessionellen Vereine sind im Zweifel von den derzeitigen Einschränkungen stark betroffen. Um der großen Unsicherheit in den Sportvereinen zu begegnen, brauchen wir schnell praxisbezogene Handlungsleitlinien, die den unter-

schiedlichen Bedingungen der Sportarten und der Größe der Events gerecht werden.

Nur so können wir einheitliche Rahmenbedingungen schaffen, die nachvollziehbar sind und den Wettbewerb nicht verzerren. Die Handlungsleitlinien sollten von den großen Sportdach- und Fachverbänden in Abstimmung mit der Bundesregierung und den zuständigen Bundesländern und Ämtern erarbeitet werden. So werden wir die derzeit schwierige Lage bewältigen, ohne dass der Sport und das gesellschaftliche Leben zum Stillstand kommen müssen



## Mehr Geld für Sanierung kommunaler Einrichtungen

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat am Mittwoch die Fortsetzung des Programms „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ beschlossen. Damit stehen 200 Mio. Euro für neue 120 Projekte bereit, mit denen der Investitionsstau bei der sozialen Infrastruktur abgebaut wird.

Damit stärken wir die Lebensqualität in vielen Gemeinden in Deutschland. Das frische Geld kommt unmittelbar den betroffenen Kommunen zugu-

te. Sport, Jugendarbeit und Kultur sind ein wichtiges Bindeglied des gesellschaftlichen Zusammenhalts vor Ort.

Das Bundesprogramm zur Sanierung kommunaler Sport-, Jugend- und Kultureinrichtungen ist eine Erfolgsgeschichte. Seit 2016 haben wir bereits 284 Förderprojekte im Umfang von 540 Millionen Euro finanziert. Ich begrüße die Aufstockung des Förderprogramms, mit der die Finanzplanung stärker dem tatsächlichen Bedarf angepasst wird. Das ermöglicht es uns, deutlich mehr förderfähige Projekte zu unterstützen und die

kommunale Infrastruktur zu stärken.

Für die bislang nicht berücksichtigten Kommunen eröffnen wir damit die Chance, vorhandene Planungen kurzfristig umsetzen zu können. Davon profitieren sowohl die Kommunen als auch Kinder, Jugendliche und Sportvereine.

Insgesamt müssen wir aber aufpassen, dass Förderprogramme des Bundes nicht zu sehr zu goldenen Zügeln für die Kommunen werden. Der vorhandene Bedarf spiegelt leider auch eine kommunale Unterfinanzierung wider, den es insgesamt seitens der Länder zu beheben gilt.



AXEL E. FISCHER  
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030-227-73790  
Fax: 030-227-76677  
E-Mail: axel.fischer@bundestag.de

«Ich rufe jede Regierung auf, mitzumachen und ihre Anstrengungen auszuweiten - jetzt.»

(UN-Generalsekretär António Guterres hat zu mehr Anstrengungen im Kampf gegen die weitere Verbreitung des neuartigen Coronavirus aufgerufen.)

## Forschung an CORONA-Infektion

Die Bundesregierung arbeitet mit aller Kraft daran, die Ausbreitung der Krankheit einzudämmen und die wirkungsvolle Behandlung der Erkrankten sicherzustellen. Um die Medizin möglichst rasch in die Lage zu versetzen, das neue Virus effektiv zu bekämpfen, bauen wir unsere Forschungsanstrengungen aus und beschleunigen sie. Im Mittelpunkt des Interesses steht dabei die Frage zum Forschungsstand bei der Entwicklung von Impfstoffen und Medikamenten, wann mit deren Einsatz gerechnet werden kann und welche Rolle die deutsche Forschung dabei einnimmt.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert die Forschung an Coronaviren bereits seit Langem. Im Fokus dieser Forschung stehen und standen die mit dem neuartigen Erreger eng verwandten Coronaviren, die SARS und MERS auslösen. Das BMBF hat diese Forschung in den letzten Jahren mit mehr als 11 Mio. Euro unterstützt. Die Ergebnisse dieser Forschungsprojekte kommen uns in der nun anlaufenden Forschung zum neuartigen Coronavirus zugute.

Das BMBF hat schnell auf

den COVID-19 Ausbruch reagiert und die **Impfstoffforschung** bereits im Januar vorangetrieben. Erste Erfolge zeichnen sich ab. Die unterstützte US-amerikanische Biotech-Firma Moderna hat be-



reits mit der klinischen Prüfung eines **ersten** Impfstoffkandidaten begonnen.

An der Impfstoffentwicklung sind auch deutsche Firmen und Forschungseinrichtungen, so z.B. das Deutsche Zentrum für Infektionsforschung (DZIF) beteiligt.

Das BMBF unterstützt die Entwicklung von **Medikamenten** und die bessere Erforschung des Virus mit erheblichen Mitteln.

Bereits infizierte Menschen benötigen dringend Arzneimittel zur Therapie oder Linderung der Krankheit. Deshalb hat das BMBF am 3. März 2020 einen Förderaufruf veröffentlicht, um die Forschung zu Medikamenten und anderen Therapieverfahren zu beschleunigen. Wichtig ist sowohl die Entwicklung neuer Wirkstoffe als auch die Weiterentwicklung von Wirkstoffen und Medikamenten, die bereits zur Behandlung anderer Infektionskrankheiten entwickelt

wurden. Es besteht die berechnete Hoffnung, dass einige dieser Medikamente auch gegen COVID-19 wirken und daher recht schnell zur Verfügung stehen könnten. Auch Forschung zum besseren Verständnis des Virus und seiner Ausbreitung sowie relevante sozialwissenschaftliche Begleitforschung ist innerhalb des Förderaufrufs möglich. Hierfür stellt das BMBF in einem ersten Schritt 15 Mio. Euro zur Verfügung.

Internationale Kooperation ist dem BMBF wichtig. Ein globaler Gesundheitsnotstand erfordert globale Antworten.

Um den bestmöglichen Einsatz der Ressourcen zu erreichen, können wir nicht rein national agieren, sondern müssen internationale Forschungsstrategien entwickeln. Deshalb tauschen wir uns mit anderen internationalen staatlichen oder philanthropischen Förderern unter dem Dach der WHO aus, um eine möglichst zielführende und koordinierte Investition der weltweit verfügbaren Forschungsmittel zu erreichen.

Es besteht berechnete Hoffnung, sehr viel schneller Medikamente und Impfstoffe entwickeln zu können, als in vergleichbaren früheren Fällen. Natürlich stehen wir dabei im engen Austausch auch mit relevanten internationalen Organisationen wie der WHO. So stellen wir ein koordiniertes Vorgehen sicher.